

Demokratie braucht unsere linke Sozialpolitik

Fraktionsinfo Nr. 5 / Frühjahr 24

www.dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de

Haushaltsplan beschlossen - „Auf ein Neues“
Ehrenamt, Feuerwehr und Rettungsdienste stärken!
Zahlenspiele um das Ostfeld

Die Linke

Stadtfraktion
Wiesbaden

Inhalt



„Umweltfreundlich gedruckt auf
100% Recyclingpapier, mit
Farben auf Basis nachwachsender
Rohstoffe.“

**S.3 Die Linke -Garant für den sozialen
Zusammenhalt**

**S.4 Gastbeitrag: Zukunftsfähige
kommunale Sozialpolitik ist verlässlich und
ausreichend finanziert**

**S.6 Haushaltsplan (2024) beschlossen:
„Auf ein Neues“**

**S.8 Auf Kurs Richtung Zukunft -Mobilität für
morgen trotz schwieriger Haushaltslage**

S.10 Zahlenspiele um das Ostfeld

**S.12 Ehrenamt, Feuerwehr und
Rettungsdienste stärken!**

Impressum

Kontakt zur Fraktion

Geschäftsstelle DIE LINKE.
Stadtfraktion Wiesbaden:
Rathaus, Zimmer 304
Schlossplatz 6
65183 Wiesbaden
Tel.: 0611 31-5426
Fax: 0611 31-5917
dielinke-stadtfraktion@wiesbaden.
de

dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de
FB: dielinkestadtfraktionwiesbaden
Instagram:
linke_stadtfraktion_wiesbaden

Wann sind wir erreichbar?

Montag bis Freitag: 10-13 Uhr
In den Schulferien: 10-12 Uhr

Diese Zeitung ist kostenlos –
wir freuen uns über Spenden:
DIE LINKE.
Stadtfraktion Wiesbaden
DE92 4306 0967 1255 9442 01

Gestaltung:

Ann-Christine Sparr-Wolf
V.i.S.d.P.: Ingo von Seemen

Abbildungen und Lizenzen:

Titelbild: AdobeStock_115900783
S.2: AdobeStock_134251725
S.3: Ann-Christine Sparr-Wolf
S.4&5: Nicole Nestler
S.6&7: AdobeStock_227365419
S.8&9: AdobeStock_145496201
S.10&11: AdobeStock_145496201
S.12: AdobeStock_121418582 &
AdobeStock_652385461

DIE LINKE.
Stadtfraktion Wiesbaden

BÜNDNIS
DIE GRÜNEN
WIESBADEN

Volt
Wiesbaden

Die Linke - Garant für den sozialen Zusammenhalt

25.000.000 Euro oder in Worten fünfundzwanzig Millionen Euro. So viel sollte ursprünglich im Jahr 2024 im Sozialetat eingespart werden. Konkret hätte das die Schließung von drei Jugendzentren, die Entlassung von Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen, die Einstellung der Altenhilfe und viele weitere Kürzungen bedeutet.

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, freien Träger*innen, Religionsgemeinschaften und linken Parteien liefen gegen diese Pläne Sturm. Denn die Folgen für die Stadtgesellschaft wären fatal gewesen. Einschränkung der Hilfe für die wirtschaftlich Schwächsten der Gesellschaft (Obdachlose, Süchtige, Geflüchtete, Schüler*innen und Rentner*innen) hätten den sozialen Zusammenhalt in Wiesbaden zerstört. Mit kreativen Protestaktionen, einer Unterschriftensammlung und Kundgebungen hat das Bündnis „Hände weg vom Sozialetat“ Druck auf die Parteien im Rathaus gemacht. Dieser Druck war während der Haushaltsverhandlungen Rückenwind für die Linke Fraktion. Denn wir haben es geschafft, die massiven Sozi-

alkürzungen zu vermeiden! In wochenlangen und oft zähen Verhandlungen hat das Regierungsbündnis aus Linke, SPD, Grünen und Volt einen Haushaltsplan aufgestellt, der nahezu keine Sozialkürzungen enthält. Stattdessen haben wir die Einnahmen der Stadt erhöht und Subventionen für Prestigeprojekte gestrichen. Doch leider ist die Gefahr damit noch nicht gebannt. Durch das massive Versagen der Bundesregierung in Sachen Haushaltsplanung droht den Städten und Landkreisen weiterer Schaden. Das sogenannte „Wachstumschancengesetz“ wird die Kommunen belasten, aber zu keinem Wirtschaftswachstum führen. Überhaupt ist der völlig falsche Ansatz, immer weiter auf Wachstum zu setzen. In einer endlichen Welt ist unendliches Wachstum schlicht unmöglich. Auf der einen Seite verlangt der Bund von den Kommunen immer weitere Aufgaben zu übernehmen, auf der anderen Seite gibt er ihnen dazu nicht die finanziellen Mittel. Die Städte und Landkreise können das auf Dauer nicht aushalten. Zwar gibt es für manche Aufgaben Geld von Bund oder Land, aber dies ist bei weitem nicht ausreichend. Auf inzwischen

über 150.000.000 Euro pro Jahr beläuft sich das Defizit Wiesbadens, um die Aufgaben des Bundes- und Landes zu erfüllen. Würde Wiesbaden dieses Geld bekommen, könnten wir die kommunale Daseinsvorsorge auch so leisten, wie wir es gerne würden. Kostenlose Kitas wären dann kein Wunschtraum, sondern eine bezahlbare Realität.

Wir als Linke werden die falsche Prioritätensetzung der Bundesregierung weiter kritisieren und deutliche Verbesserungen anmahnen. Denn die Unterfinanzierung der Kommunen hat direkte Auswirkungen auf die Lebensqualität der Menschen und die Zufriedenheit mit der Demokratie. Wenn überall die Schwimmbäder schließen, der Bus nicht mehr kommt und die Kitas unbezahlbar werden, dann hilft das vor allem den Feinden unserer Demokratie. Nicht von ungefähr haben Rechtsradikale seit Jahren verstärkten Zulauf. Der Fokus aller staatlichen Organe muss der soziale Zusammenhalt werden. Die Linke steht dafür.

Ingo von Seemen,
Fraktionsvorsitzender
der Stadtfraktion
Die Linke

Gastbeitrag: **Zukunftsfähige kommunale Sozialpolitik ist verlässlich und ausreichend finanziert**

„Vor Ort“ - das ist in der Kommune, im Stadtviertel und im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen: Dort werden die Auswirkungen politischer Entscheidungen konkret und spürbar.

Kommunale Daseinsvorsorge ist mehr als Straßen und Müllentsorgung. Die soziale Infrastruktur garantiert ein menschenwürdiges Leben für alle Bürgerinnen und Bürger. Gerade die vermeintlich „freiwilligen Leistungen“ entscheiden dabei über das „Wie“ und die Qualität der Angebote. Sie sind keine freiwillige Gabe an Bedürftige, auf die auch verzichtet werden könnte. Ist die ausreichende Finanzierung in wichtigen öffentlichen Bereichen nicht mehr möglich und wird auf individuelle Verantwortung und Vorsorge verwiesen, so spüren langfristig alle die negativen Konsequenzen. Mit Abstand am härtesten

trifft es jedoch immer diejenigen, welche auf diese Angebote am meisten angewiesen sind, weil sie eben nicht über die Mittel verfügen, sich diese Leistungen privat zu erschließen.

Das zunehmende Auseinanderdriften der Gesellschaft betrachten viele Bürgerinnen und Bürgern mit Sorge: Kinderarmut, Jugendarbeitslosigkeit, Armut im Alter, massiver Mangel an bezahlbarem Wohnraum werden als drängende Probleme empfunden, die es zu lösen gilt. Wenn sich ein wachsender Anteil der Bevölkerung „abgehängt“ fühlt und das Vertrauen verliert in die Demokratie und die Fähigkeit der Politik, Probleme zu lösen, ist die Gefahr groß, dass radikale und polemische Parteien an den Rändern Zulauf bekommen – so wie wir es in Wiesbaden derzeit erleben. Es geht aber auch

wichtiges bürgerschaftliches Engagement verloren und die Stadt als Ganzes verliert an Attraktivität. Eine funktionierende und ausgleichende kommunale Sozialpolitik, die Ungleiches ungleich behandelt, nutzt nicht nur den jeweils unmittelbar Betroffenen, sondern hat für die ganze Gesellschaft eine stabilisierende Funktion.

In Wiesbaden haben sich über 70 Träger, Verbände und Institutionen der sozialen Arbeit in großer Solidarität zusammengeschlossen, um Einsparungen zu verhindern. Ganz oben auf der Liste der zehn Forderungen steht eine krisenfeste Haushaltsführung. Die soziale Arbeit vor Ort lebt von Akzeptanz bei den Zielgruppen, die durch Dauerhaftigkeit und Verlässlichkeit erreicht wurde: in Kinder- und Jugendeinrichtungen oder der offenen Altenarbeit, aber auch bei



FINGER WEG VOM SOZIALLETAT

Beratungseinrichtungen, die Menschen gerade in schwierigen oder neuen persönlichen Situationen aufsuchen. Gebraucht werden dort qualifizierte Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen, zu denen ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden kann und Orte, an denen Austausch und Miteinander möglich ist. Im Mittelpunkt muss immer der Mensch stehen. Solche Angebote gibt es nicht ohne ausreichende Finanzmittel. Nur mit einer soliden Grundfinanzierung kann zudem qualifiziertes Personal gewonnen und in Zeiten von gravierendem Fachkräftemangel auch gehalten werden. Nur so kann Fachkompetenz entwickelt werden. Die entscheidende Frage lautet nicht, ob wir uns das leisten können. Sie muss lauten: Was brauchen wir?

aller Strukturen ist weder sozial hinnehmbar noch ökonomisch vertretbar. Was einmal kaputt ist, kommt uns alle am Ende alle teuer zu stehen

Was braucht unsere Gesellschaft und was jedes einzelne Mitglied? Sind wir bereit, diesen Preis zu zahlen, und was sind die Konsequenzen, wenn wir darauf verzichten? Gerade in dem zentralen Bereich der Sozialpolitik darf sich Politik nicht mit dem Verweis auf leere öffentliche Kassen und Haushaltskonsolidierungen zurückziehen und die Konsequenzen jedem und jeder Einzelnen überlassen. Die Kommunen, aber auch Land und Bund müssen hier ihrer Verantwortung gerecht werden. Das heißt auch, sie müssen für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen sorgen. Eine kurzfristige und kurzfristige Zerstörung sozi-

Nicole Nestler ist Politikwissenschaftlerin und Referentin für gesellschaftliche Verantwortung bei der Evangelischen Kirche Wiesbaden.





Haushaltsplan (2024) „Auf ein...

Der Haushaltsplan 2024 ist kaum beschlossen und der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt, da werden bereits die Weichen für den Haushaltsplan 2025 gestellt. Die Ortsbeiräte wurden schon Mitte Dezember aufgefordert, ihre Anmeldungen bis Ende Februar 2024 einzureichen. Erstmals nach Jahrzehnten von „Doppelhaushalten“ erfolgt die städtische Planung für einzelne Jahre.

Verfassungsbruch zu Lasten der Kommunen

Geschuldet ist dies der besonders kritischen Haushaltslage. Immer mehr Aufgaben werden den Kommunen aufgebürdet, ohne sie seitens Bund und Land mit entsprechenden Einnahmen auszustatten. Dies gebietet aber die Verfassung und wird als „Konnextitätsprinzip“ bezeichnet. Dieses Prinzip wird nicht nur bei der Zuweisung von Geflüchteten verletzt. Selbst der „Nachschlag“ aufgrund von Protesten der Kommunalvereinigungen gleicht die Kosten nicht aus, die für Un-

terbringung und Versorgung von Geflüchteten der Kommune entstehen. Und da trotz Fachkräftemangel die Arbeitsaufnahme von Geflüchteten erschwert und oft erst nach Jahren erlaubt wird, können diese auch nicht früher durch ihre Arbeitskraft und Kaufkraft einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten.

Kriegsbedingte Inflation frisst städtisches Geld

Neben der Verletzung des Konnextitätsprinzips stellt auch die Inflation den Stadthaushalt vor große Probleme. Die Preissteigerung im Bau beträgt laut Statistischem Landesamt mittlerweile rund 14 % pro Jahr. Und durch die Fertigstellung zahlreicher großer Schulbauprojekte und Sporthallen werden Mietzahlungen an die städtischen Gesellschaften fällig, mit denen insbesondere die vorfinanzierenden Banken bedient werden müssen. Aufgrund der deutlich spürbaren allgemeinen Inflation waren und sind Tarifierhöhungen notwendig.

Da der größte Teil im Haushalt die Personalkosten sind, schlagen diese voll zu Buche. Dabei sind viele Abteilungen und Ämter unterbesetzt – nicht zuletzt durch Fachkräftemangel.

Woher Geld nehmen?

Für einen von der Kommunalaufsicht genehmigungsfähigen Haushalt mussten zusätzliche Einnahmen für die Stadt gefunden werden, um massive Kürzungen und Schließungen im Sozialbereich, bei Kultureinrichtungen, im schulischen Nachmittag und beim anstehenden ökologischen Umbau zu vermeiden. So wurden die Spielapparatesteuer, die Kurtaxe und – allerdings nur um 1,3% – die Steuersätze für Unternehmensgewinne erhöht. Auch wird neben den Wassergebühren eine Abgabe von 90 Cent pro 1000 Liter Trinkwasser erhoben. Dies trifft die, die viel Wasser verbrauchen, härter. Nur mit diesen zusätzlichen Einnahmen ist es aber möglich, z.B. den auf 15 Euro pro Monat ermäßigten Tarif für Kinder und



2024) beschlossen: „Neues“

Jugendliche im öffentlichen Verkehr zu halten, für diese die kostenfreie Nutzung der Schwimmbäder in den Schulferien zu ermöglichen und die Erhöhung der Gebühren in der Kinderbetreuung trotz Tarifierhöhungen auf 10 Euro im Monat zu begrenzen.

Keine konstruktiven Alternativen von rechts

FDP und FWG lehnen leider die genannten Einnahmeerhöhungen ab und nehmen damit zunehmend schwere soziale und ökologische Belastungen für die Mehrheit der Bevölkerung in Kauf. AfD und CDU haben erst gar nicht den Versuch unternommen, zu einem genehmigungsfähigen Haushaltsplan eine Alternative aufzuzeigen. Dass die AfD auch für Wiesbaden keine Alternative ist, war uns schon vorher klar. Dass aber auch die CDU sich weigert, eine Alternative aufzuzeigen, war doch überraschend.

Nun steht die Erarbeitung des Haushaltsplans für das Jahr 2025 an. Auch für diesen gilt unsere Aussage: Das sozia-

le Netz und die städtischen Kultureinrichtungen müssen erhalten bleiben. Der Kämmererentwurf hätte für 2024 Schließungen von Einrichtungen bedeutet, die wir für unverzichtbar halten. Eine reale Kürzung der Zuschüsse für die frei-gemeinnützigen Einrichtungen um etwa ein Drittel hätte für viele das Aus bedeutet. Dies konnte im weiteren Diskussionsprozess um den Haushalt verhindert werden. Ein Inflationsausgleich wurde allerdings nicht gewährt.

Geld für Umweltschutz, Bildung, Soziales, Gesundheit und Infrastruktur statt für Aufrüstung und Krieg!

Auch mit den Sanierungen an Schulen und den, aufgrund der Neubaugebiete erforderlichen, Schulbauten muss es weiter gehen. Jede Verzögerung führt aufgrund der überdurchschnittlichen Inflation im Baubereich zu zusätzlichen Kosten. In der Finanzkrise um den Bankenkrach gab es Sonderkonjunkturprogramme des Bundes und des Landes, aus denen Wiesbaden innerhalb

von zwei Jahren 100 Millionen Euro erhielt und damit Schul- und KiTa-Bauten finanzieren konnte. Aktuell gibt es ein 100-Milliarden-Aufrüstungsprogramm für Militär und milliardenschwere Ausgaben für den Ukraine-Krieg, aber für ökologische und soziale Aufgaben, insbesondere bei den Kommunen, fehlt das Geld. Die Kriegslasten werden – wie üblich – auf die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt. Diejenigen, die aus dem Krieg Profite ziehen, reiben sich die Hände. Dies sollte offen ausgesprochen werden.

Und wie das zu erwartende Defizit von Hunderten von Millionen bei der geplanten Bebauung auf Grün- und Ackerfläche am Fort Biehler („Ostfeld“) finanziert werden soll, bleibt das Geheimnis derjenigen, die dieses Irrsinnprojekt vorantreiben

Hartmut Bohrer, Mitglied des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen und des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften

Auf Kurs Richtung Mobilität für morgen trotz

In Zeiten knapper Kassen muss jeder Euro dreimal umgedreht und jede Investition auf den Prüfstand gestellt werden.

Auch in der Verkehrspolitik galt es im jüngst beschlossenen Haushalt weiterhin die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen.

Schließlich wollen wir unsere ambitionierten Mobilitätskonzepte aus dem

Kooperationsvertrag auch umgesetzt sehen.

Nicht zuletzt, da die bereits umgesetzten Maßnahmen ihre Wirkung entfalten. Die erheblich ausgeweiteten Umwelt- und Busspuren haben die Zuverlässigkeit und den Komfort im Busbetrieb erheblich erhöht, die Modernisierung der Fahrzeugflotte schreitet voran, Solobusse mit Elektroantrieb sind genauso Standard, wie es Gelenkbusse mit einer vierten Tür zur schnelleren Abfertigung an den

Haltestellen in Zukunft auch werden.

Unser Radwegkonzept überzeugt die Bürger*innen, Radfahren in Wiesbaden ist spürbar beliebter, komfortabler und sicherer.

Die Ausweitung der Fußgängerzonen ist im vollen Gang, die Rekommunalisierung der Parkhäuser und der Bau von Quartiersgaragen für die besonders vom Parkdruck belasteten Stadtteile ebenso.

Und weil diese Maßnahmen nur im Kollektiv und auch nicht von heute auf morgen funktionieren, galt es Kurs zu halten.

So kann der Ausbau der Radinfrastruktur sowie Maßnahmen für Zufußgehende auch 2024 fortgeführt werden, im Haushalt sind 2,9 Millionen eingestellt. Die Inbetriebnahme der Quartiersgarage am Elsässer Platz 2024 ist gesichert und mit finanziellen Mitteln ausgestattet.

Das ist besonders erfreulich, weil hierdurch ein weiteres städtebaulich besonders relevantes Ereignis in die Umsetzung gehen kann: Die Umgestaltung des Elsässer Platzes von einer Parkanlage zu einer Grünanlage. Auch hierfür sind 2024 Mittel im Haushalt bereitgestellt. Durch die Begrünung des Westends können wir endlich die Hitzeinsel entfernen, die Kaltluftzone aus dem Wellritztal in



Richtung Zukunft trotz schwieriger Haushaltslage

die bebauten Gebiete verlängern und den Stadtteil in Tropennächten herunterkühlen.

Auch der Zuschuss für den Erhalt des sehr beliebten 15-Euro Tickets für Schüler*innen hat es wieder in den Haushalt geschafft, die Mobilität der Jüngsten ist ein besonderes Kernanliegen der Linksbündnisses.

Und doch geht es im Haushalt 2024 auch im Mobilitätsbereich nicht ohne Einsparungen. Zugegeben, diese schmerzen, waren aber unvermeidbar.

Unserem Verkehrsdienstleister mussten Einsparungen in Höhe von 17,07 Millionen Euro auferlegt werden.

Dies konnte neben einigen betrieblichen Maßnahmen am Ende nicht ohne Einschränkungen im Fahrbetrieb umgesetzt werden.

So entfallen aus betrieblichen Gründen die Ostlinien 35 und 36, zudem wird das Nachtangebot eingeschränkt. Zugleich ist es dem Linksbündnis gelungen, die dichten Taktzeiten im Tagesbetrieb und insbesondere in den Hochlastphasen zu erhalten. Der Zehnminutentakt auf den großen Linien bleibt unser Standard. Für uns ist klar: Das Geld ist gut angelegt, die Investitionen 2024 sichern die Mobilität von morgen. Wohin das Zusammensparen der Infrastruktur führt, haben wir gerade in Wiesbaden mit der Salzachtalbrücke schmerzlich erleben müssen.

Daniel Winter,
verkehrspolitischer Sprecher
der Stadtfraktion
Die Linke



Zahlenspiele u

Wächst Wiesbadens Bevölkerung?

Im Frühjahr hat das Statistische Landesamt seine Bevölkerungsvorausberechnung vorgestellt. Demnach schrumpft die Bevölkerung Wiesbadens auf 267.461 Einwohner*innen in 2050. Das wären rund 11.500 Einwohner*innen weniger als heute, eine Abnahme um -4,1 % in den nächsten 30 Jahren! Das Wachstum der Stadt in den Jahren nach 2010 ist nicht nur zum Stillstand gekommen, es kehrt sich um in einen Rückgang der Stadtbevölkerung. Wer hätte das

gedacht! Eigentlich ist es aber ganz plausibel: Denn wir wissen, dass Wiesbaden einen sehr hohen Altersdurchschnitt hat, Geburten und Zuzüge können daher die entsprechend hohen Sterberaten nicht ausgleichen. Eigentlich wäre dies ein Grund, diese Entwicklungen etwas entspannter zu betrachten, wenn sich nicht einige Stadtpolitiker*innen den Bau eines Ostfelds in den Kopf gesetzt hätten. Dazu passen natürlich keine schrumpfenden Bevölkerungszahlen.

Statistik mit Ergebnissen auf Wunsch

Die heimische Statistik wurde nun bemüht, sich etwas einfallen lassen, um die einst hohen Prognosen für Wiesbaden zu retten und hat einen Weg gefunden: Sie bindet das Bevölkerungswachstum an die mögliche Neubautätigkeit. Das heißt: mögliche zukünftige Bewohner*innen von möglichen Neubaugebieten wie Ostfeld, Westfeld, Kastel-Housing und so weiter, werden zu statistischen Größen gemacht, indem sie einfach mitgezählt werden! So kommt man zu dem



im das Ostfeld

Schluss, dass wenn alle „Wohnbaupotentiale“ und „perspektivischen Entwicklungsflächen“ ausgeschöpft würden, mit einem kräftigen Bevölkerungswachstum zu rechnen sei. Ehrlicherweise deuten die städtischen Statistiker*innen darauf hin, dass wenn sich „die Bevölkerungsentwicklung an der weiteren Bautätigkeit orientiert, man von dem Ergebnis der Prognose keine Rückschlüsse auf einen möglichen Wohnungsbedarf ziehen kann. Dies wäre ein Zirkelschluss.“

Wir wissen, wo der Wohnungsbedarf liegt

Wir wissen auch, dass Tausende von geförderten Wohnungen in den letzten Jahren aus der Bindung gefallen sind. Die AG Bezahlbarer Wohnraum der städtischen Ämter hatte überhaupt keine Ideen, wie dem in einem überblickbaren Zeitraum abzuhelpen sei. Bestimmt nicht mit teuren Werbekampagnen für das Ostfeld. Neben einer angemessenen aktuellen Bautätigkeit, die seitens der städtischen Wohnbaugesellschaften vorbildlich geleistet wird, braucht man dazu

beispielsweise eine Wohnungstauschbörse, auch ein Vorgehen gegen Leerstand und Zweckentfremdung, den Ankauf von Sozialbindungen – Maßnahmen, die die Linke Stadtfraktion immer wieder fordert –, aber keine Versiegelung wertvoller landwirtschaftlicher Flächen.

Brigitte Forßbohm,
planungspolitische
Sprecherin der Stadtfraktion
Die Linke



Ehrenamt, Feuerwehr und Rettungsdienste stärken!

Der Haushaltsplan für 2024 ist mit der Mehrheit der Kooperation von Grünen, SPD, Linken und Volt für das 2024 beschlossen. Wir erwarten seine Genehmigung durch das Innenministerium im 2. Quartal 2024.

Nach intensiven Beratungen der Kooperation in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung konnte ein genehmigungsfähiger Haushaltsplan ohne einschneidende Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen aufgestellt werden. Gerade bei den Einrichtungen, Vereinen und Initiativen, die sich besonders um Mädchen- und Frauenangelegenheiten kümmern, galt es Kürzungen zu vermeiden. Seit Jahrzehnten werden in diesen Bereichen viele Aufgaben ehrenamtlich wahrgenommen. Selbst wenn in den Einrichtungen einige Mitarbeitende hauptberuflich beschäftigt sind, werden oft auch von diesen Arbeiten in großem Umfang ehrenamtlich geleistet. Festzustellen ist, dass die Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit in der jüngeren Zeit abnimmt.

Wenn wir frauenpolitische Aufgaben in unserer Stadt mindestens auf dem heutigen Standard bzw. dem Standard

von 2022 aufrecht erhalten wollen, müssen die Zuschüsse jetzt dem erhöhten Bedarf angepasst werden. Insgesamt müssen wir Wege finden, das Ehrenamt in Wiesbaden zu stärken. Auch die freiwillige Feuerwehr, Rettungsdienste wie die DLRG u.a. sind auf der Suche nach Nachwuchs. Gründe für mangelnden Nachwuchs finden sich in der Ausbildungs- und Arbeitswelt. Zum Beispiel erschweren der Mangel an frei verfügbarer Zeit bei Studierenden, oder berufliche Unabkömmlichkeit am Arbeitsplatz den Zugang zum Ehrenamt. Arbeitsverdichtung, Fachkräftemangel in den verschiedenen Bereichen - auch im öffentlichen Dienst, lassen für ehrenamtliche Tätigkeit den Menschen oft keine Zeit und Kraft.

Insbesondere für Frauen, die immer noch hauptsächlich für ihre Familie viele Aufgaben übernehmen, ist es oft nicht möglich, zusätzlich ehrenamtlich tätig zu werden. Für die Sicherheit im Bereich Brandschutz und -bekämpfung wurden im Haushaltsplan 2024 zusätzlich 9,1 Millionen Euro mit Priorität Sanierung Feuerwache 1 bereitgestellt. Auch der Aufbau einer Rettungsdienstschule gehört zu den beschlossenen Maßnah-

men, Sicherheit in Wiesbaden zu gewährleisten. Leider ist es nötig geworden, Maßnahmen zu ergreifen, Rettungsdienste vor Übergriffen während eines Einsatzes verstärkt zu schützen. Hier ist eine intensive Zusammenarbeit seitens der Verwaltung, der Politik und der Rettungsdienste nötig. Schon im Frühjahr stehen Haushaltsplanberatungen für 2025 an.

Die Kooperation der vier Fraktionen hat sich für eine Trennung der Haushaltspläne 2024 und 2025 entschieden. Bereits in 2023 war nämlich zu erkennen, dass es schon für 2024 schwierig ist, die Entwicklung von Energiekosten, Preissteigerungen sowie anderen Ausgaben vorzusehen. Auch die zu erwartenden Einnahmen sind schlecht vorherzusagen. Im Rahmen der Kooperation werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, einen sozialen, kulturellen und ökologischen Haushaltsplan 2025 zu beschließen.

Mechthilde Coigné,
frauenpolitische Sprecherin
der Stadtfraktion Die Linke

